

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 8.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abbestellen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelaperte Nonpareil-Setze über deren Raum mit Mk. 2.—, die Restamtssetze mit Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäller'sche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Mäller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 60 Nastätten, Dienstag, den 23. Mai 1922 45. Jahrgang

Die Reparations-Anleihe.

In Paris beginnen jetzt die Verhandlungen über die große Reparationsanleihe für Deutschland, die, wenn sie überhaupt gelingen soll, naturgemäß in erster Linie von Amerika aufgebracht werden muß.

Das die New Yorker Bankiers für eine Milliardenanleihe die entprechenden Zinsen verlangen werden, ist selbstverständlich. Es ist ihnen auch nicht überaus schwer, daß sie Garantien für diese Zinszahlung beanspruchen.

Aber kann denn wirklich jemand glauben, daß ein Milliarden-Darlehen von 6 bis 8 Prozent Zinsen Amerika so sehr reizen kann? Diesen Profit kann es überall heraus schlagen, wenn es diese Kapitalien in ein neues großes Weltunternehmen steckt, und der Gewinn würde wahrscheinlich noch zwei- bis dreimal so groß sein.

Die Entente läßt keine Selbstlosigkeit, und Amerika wird seinen Ehrgeiz nicht darin suchen, sie zu übertreffen. Es will Geschäfte machen.

Hermes in Paris.

Frankreich fordert „Abänderung“ der deutschen Vorschläge. Zu dem Bericht, den den Vorsitzende der Reparationskommission, Du Bois, Poincaré über seine bisherigen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes erstattet hat, bemerkt „Havas“:

Dr. Hermes' Vorschläge „ungenügend“?

Was dieser offizielle Bericht anzudeuten scheint, das spricht die Zeitung „Petit Parisien“ deutlicher aus, indem sie behauptet: Entgegen der ursprünglichen Annahme und auf Grund der Unterredungen mit Dr. Hermes und den Mitgliedern der Reparationskommission ergibt sich nunmehr, daß die ersten Vorschläge, die der Minister den einzelnen Mitgliedern gemacht hat, „einstimmig“ von ihnen als „ungenügend“ bezeichnet worden sind. (?) Ansolgedessen wurde Dr. Hermes aufgefordert, neue Vorschläge zu überreichen.

Die Ansicht der amerikanischen Finanzleute.

Das Pariser „Journal“ will erfahren haben, daß die beiden amerikanischen Bankiers Morgan und Kahn, die an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen werden, in den meisten Punkten der gleichen Ansicht seien. Sie glauben, daß ein großes Anleiheergebnis sowohl in Amerika als auch in neutralen Staaten erzielt werden könnte. Zum Teil könnte man durch diese Anleihe auch eine gewisse Menge der deutschen Auslandsguthaben wieder nach Deutschland zurückführen. Beide seien auch der Ansicht, daß eine strenge Finanzkontrolle Deutschlands durchgeführt werden müsse, ohne daß Deutschland dadurch lädleriert werde.

Berlin, 19. Mai. Zu den Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes in Paris wird betont, daß die Mitglieder der Reparationskommission über die vorläufigen offiziellen Besprechungen sich gegenseitig strenges Stillschweigen zugesichert haben.

Alle Äußerungen über die Besprechungen in der französischen Presse sind aus der Luft gegriffen. Die Besprechungen haben augenblicklich den Zweck, eine offizielle Besprechung vorzubereiten, d. h. man will sich gegenseitig darüber klar werden, was für die eine oder die andere Seite annehmbar ist. In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß Finanzminister Hermes den Parteiführern gegenüber sich verpflichtet hat, keine Bindung irgend welcher Art einzugehen, ohne zuvor den deutschen gesetzgebenden Körperschaften Gelegenheit zur Prüfung zu geben.

Die Reparations-Anleihe.

Morgans Bedingungen. Amerikanische und englische Blätter berichten zu den Anleihevorschlägen Morgans, daß die Führer britischer Finanzkreise die Aufforderung erhalten haben, Vorschläge zu prüfen und zu beurteilen, die den Hauptinhalt der Vorschläge enthalten, die Morgan der Pariser Versammlung unterbreiten wird. Die Vorschläge gehen dahin:

1. daß die deutsche Anleihe von einer Modifizierung der deutschen Reparationen begleitet sein muß, so daß der zu zahlende Betrag eine Höhe erhält, die in einer festgesetzten Zeit in der Tat zurückzahlt werden kann.
2. daß die zu leistende deutsche Anleihe ein Vorrecht vor den Reparationsforderungen erhält, wodurch die ganze Frage erledigt werden würde, wie diese Anleihe zu den Reparationsforderungen steht; dadurch würden eine weitere Sicherheit und somit ein gewisser Anreiz für jede Ausgabe geschaffen werden;
3. soll der Betrag der Anleihe im gewissen Grade größer sein als die Summe, die zur Garantie der Reparationszahlungen benötigt wird, die während der nächsten drei bis fünf Jahre zu leisten sind. Der Restbetrag soll zur Stabilisierung des deutschen Finanzwesens verwendet werden, zur Aufhebung der weiteren Papiergeldzirkulation und für Wiederaufbauarbeiten.

Morgan selbst ist am Sonnabend in Southampton eingetroffen.

Die Zwangsanleihe.

Um der Reparationskommission entgegenzukommen?

Gewisse durch die Presse gegangene Meldungen über eine geplante sehr weitgehende Erweiterung der Zwangsanleihe haben die Regierung zu Dementis veranlaßt, die aber das bisher Bekannte in der Hauptsache nur bestätigen. Nach diesen „Dementis“ wird für den Anleihezwang nunmehr als untere Grenze der Staffellung 100 000 Mark, als obere Grenze 1 Million Mark vorgeschlagen mit der Einschränkung durch gewisse, die Rentner schonende Bestimmungen entsprechend dem ursprünglichen Vorschlag der Regierung von 250 000 Mark niedriger und 20 Millionen Mark höherer Staffellung der Anleiheverpflichtung. Als Begründung dieses Vorschlages wird angegeben, daß das deutsche Volkvermögen auf 100 Milliarden Goldmark geschätzt wird, wobei man dem Verhältnis Goldmark und Papiermark 1:10 zugrunde gelegt und damit einen Ertragswert der Anleihe von 70 Milliarden sich errechnet hat.

In Kreisen, die den Rechtsparteien nahe stehen, wird die Anschauung vertreten, daß der neue Regierungsvorschlag über die Zwangsanleihe anscheinend ein Eingehen auf die seinerzeit von der Reparationskommission geforderten, von der deutschen Regierung schon abgelehnten 60 Milliarden neuer Steuern bedeute. Eine, wenn auch verschleierte Erweiterung der Zwangsanleihe würde aber nach Ansicht der rechtsparteilichen Kreise einen Bruch der Verpflichtung bedeuten, die seinerzeit vom Reichsfinanzminister beim Zustandekommen des Steuerkompromisses bezüglich der Zwangsanleihe ausdrücklich gegeben wurde.

Finanzfachverständige erklären zu der Begründung der Regierungsvorlage, daß die Zwangsanleihe aber in dem von der Regierung neuerdings geplanten Umfang tatsächlich etwa 140 Milliarden Mark ergeben würde, da das Verhältnis 1:10 (Goldmark zu Papiermark) im vorigen Sommer zutreffend war, jetzt aber bei dem Entwertungsstande der Papiermark das deutsche Volkvermögen mit 2000 Milliarden Mark (1:20) gerechnet werden muß. Bei der augenblicklich ungewöhnlichen Kapitalknappheit und dem großen Kapitalbedürfnis der Industrie und Landwirtschaft wird von finanztechnischer Seite bereits die Möglichkeit angezeigelt, jetzt 70 Milliarden flüssig machen zu können. Die Zwangserfassung von 140 Milliarden müsse aber katastrophale Wirkungen für die deutsche Wirtschaft haben.

Schluss in Genua.

Die feierliche Schlussitzung. Am Freitag trat in Genua zum dritten und letzten Male die gesamte Konferenz zu einer großen Vollszung zusammen, der „unwiderruflich allerletzten großen Galavorstellung“, womit die Frühjahrsitzung am Mittelmeer beendet ist. Im Sommer werden sich die Diplomaten Europas dann in Scheveningen — offiziell heißt es, im Haag — wieder zu neuem Theaterspiel zusammenfinden.

Also wieder der übliche Prunk, die vollbesetzten Tribünen, die große Prunkrede. Lucia eröffnet die Sitzung. Das Protokoll der letzten Vollszung (wann war sie doch?) Sie ist schon längst vergessen) wird genehmigt. Der Franzose Colrat erstattet den Bericht der Wirtschaftskommission.

Schöne Worte über die notwendige wirtschaftliche Solidarität der Völker Europas sagt auch der Italiener Rossi. Nur in der Rückkehr zur Freiheit des Handels sieht Italien die Rettung der Welt, ruft er pathetisch aus. Beifall und Händeklatschen setzt ein.

Nach ihm spricht Rathenau. Sehr sachlich und eingehend und optimistisch, letzteres allerdings unter Einschränkungen. Er spricht mit aller Offenheit von der Unmöglichkeit für Deutschland und für die Welt, Bilanzen und Wechselkurse in Ordnung zu bringen, solange die Schuldner nicht wissen, was sie schulden und solange nicht die Ueberzeugung Raum gewonnen habe, daß ein Schuldner mit Rücksicht behandelt werden müsse, wenn man überhaupt von ihm noch Leistungen erwarte.

Deutschland hoffe, daß in Genua die Basis für den Frieden zwischen Osten und Westen abgeleitet worden sei. Deutschlands sei

glücklich, daß es ihm in Genua gestattet worden sei, zwischen dem geprüften russischen Volke und den übrigen Mächten vermittelnd einzugreifen und zur Lösung zu führen.

Italien gebühre Dank und Ruhm der ganzen Welt, daß auf seinem Boden der Beginn der neuen Geschichte habe stattfinden können. Mit einem Ritz Petrarca's schließt der Minister, daß in die Worte ausklingt: „O Friede, Friede, Friede!“

Tobender Beifall bricht ob dieser Schlusswendung aus. Dann spricht Tschitscherin.

Genua, 19. Mai. Nach Rathenaus Rede kritisiert Tschitscherin die Beschlüsse der Wirtschaftskommission, Colrat und Rotta antworten ihm. Dann erstattet Schanzer ein kurzes Referat über die bekannten Beschlüsse der politischen Kommission. Patije-Holland dankt, daß der Haag für die nächste Konferenz ausgerufen ist, und verpricht, daß die Delegierten dort den gleichen freundlichen Empfang erhalten werden, wie hier in Genua. Nach einer kurzen Kontroverse zwischen dem Titauer Galvanakus und dem Polen Skirmunt erfolgt eine feierliche Erklärung Tschitscherin's, daß die russische Delegation, nachdem sie ihre Vorbehalte in der politischen Unterkommission gemacht habe, ihre Beschlüsse im ganzen annehme. Dann erklären sich auch die anderen Delegationen über die Annahme der Beschlüsse der politischen Kommission, zunächst Lloyd George für England, dann Kanada und die übrigen englischen Dominien und die anderen Delegationen. Japan stimmt mit Vorbehalt zu, die russischen Mandatanten machen gleichfalls Vorbehalte, Frankreich und Belgien akzeptieren nicht, empfehlen aber die Beschlüsse, die übrigen nehmen an. Dann folgt der eigentliche Hauptteil der Sitzung, die offiziellen Schlussreden.

Die Schlussreden der Konferenz.

Mit schönen Reden ist die Genua-Konferenz zu Ende gegangen. Den Höhepunkt der Schlussitzung bildete natürlich die große Rede Lloyd Georges, der sich bemühte, Erfolge der Konferenz zu konstatieren. Nach Dankesworten für die italienischen Gastgeber und Konferenzleiter schilderte er den Verlauf der Konferenz, den er mit dem Wetter verglich. Auf Sonnenschein am Eröffnungstage seien Regentage und Stürme gekommen, und am Schluss habe wieder der schönste blaue Himmel geleuchtet.

Mahnworte an Rußland.

Ueber das, was die Konferenz geleistet habe, äußerte er sich gleichfalls sehr optimistisch. Man habe in Genua zum ersten Male die russische Frage mutig in Angriff genommen. Gewiß habe man Schwierigkeiten gehabt, auch im Haag werde man noch Schwierigkeiten haben, doch werde man hoffentlich zu besseren Ergebnissen kommen. Lloyd George gab der Befürchtung Ausdruck, daß man im Haag die erhofften Ergebnisse nicht erreichen werde, wenn Rußland seine Haltung und seine Grundzüge nicht ändere. Wenn man neue Grundzüge verfolge, werde die Konferenz im Haag zu einem Erfolg führen. Europa wolle Rußland helfen, und habe ihm die Rettungsgürtel zugeworfen. Rußland brauche nur richtig zuzufassen.

Barthou hielt darauf eine höchst schematische Rede, in der er sagte, die Schlussfolgerungen der Konferenz würden nicht mehr Wert haben als Papierfetzen, wenn die Regierungen nicht entschlossen sind, sie zu verwirklichen, wozu die französische Regierung sich bereit erklärt habe. Frankreich werde nach dem Haag kommen, um am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Er küßte sich dann bemogen, auf Rathenaus Rede einzugehen und zu erklären, er bezweifle die Aufrichtigkeit Rathenaus nicht und erkläre feierlich, daß Frankreich den Krieg nicht gewollt habe und auch keinen Krieg wolle.

Es folgten eine Reihe von Schlussworten der verschiedenen Delegationen, in denen einerseits den in Genua vertretenen Nationen, andererseits der italienischen Regierung und dem italienischen Volke und insbesondere der Stadt Genua der Dank für die in Genua geleistete wichtige Arbeit und die bewiesene Gutsfreundschaft ausgesprochen wurden. Auch Tschitscherin schloß sich dem Dank an Italien an, bemerkte aber, daß man sich nicht verheßen könne, daß der Verlauf der Konferenz nicht in allen Punkten dem großen Grundzweck: keine Sieger und keine Besiegten, der in der Eröffnungsg-

Angung verkündet worden ist, entworfen hatte.

Damit war die Konferenz zu Ende. Die deutsche Delegation ist Sonnabend früh von Genua abgereist, Cloud George fuhr schon am Freitag ab, während die Franzosen ebenfalls erst am Sonnabend Genua verließen. Auch die britischen Delegationen haben die Konferenzstadt sehr schnell verlassen.

Amerika bleibt bei seiner Ablehnung. Paris, 18. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Staatsdepartement sich offiziell dahin geäußert, daß Cloud George und Poincaré sich täuschen, wenn sie annehmen, daß die Note des Staatssekretärs Hughes in der russischen Frage die Möglichkeit einer amerikanischen Teilnahme an der Konferenz im Haag offen lasse. In Wirklichkeit habe die Hughes'sche Note die Lage in bezug auf die Haltung Amerikas gegenüber der Sowjetregierung nicht verändert.

Krankenaus-Katastrophe in Rom.

Großfeuer in einem Hospital. — 80 Kranke verbrannt.

Ein Miesenbrand brach in dem S. E. L. gen-Geist-Hospital in Rom aus und machte einen Teil des Krankenhauses völlig ein. Bisher wurden 80 verlorbte Leichen aus den umhüllenden Trümmern geborgen. Die wachsende Schwelster wurde von Irrsinn befallen. Das Großfeuer dauerte eine ganze Nacht durch.

Das Feuer in dem römischen Krankenhaus, das das größte und älteste der Stadt ist (1201 gegründet), entstand durch Unvorsichtigkeit im Wasraum, wo ein Hausen Reisig in Brand geriet. Das Feuer dehnte sich rasch über einen Teil des Gebäudes aus, in dem 40 Kranke lagen. Ein Saal, in dem 20 Kranke untergebracht waren, brach nach dem unteren Stockwerk durch. Das Rettungs- werk wurde dadurch erschwert, daß das durch den Keller führende elektrische Kabel gleich bei Beginn des Brandes beschädigt wurde, so daß das ganze Rettungswerk im Dunkeln erfolgen mußte. Im Innern des großen Krankenhauses soll es zu dramatischen Szenen gekommen sein, da sich die Kranken bemühten, aus den vom Feuer umgebenen Wandergängen ins Freie zu gelangen. Ein Teil von ihnen ließ sich an den Bettbüchern herab, wobei es eine Reihe von Verwundungen gab.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 18. Mai 1922.

Die Sozialpolitik der Reichsregierung. In Fortführung der gestern begonnenen Debatte über den Etat des Reichs- arbeitsministeriums begründet der Sozialdemokrat Schred einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, nach dem Jugenblinde und Lehrlinge unter 16 Jahren nicht länger als 6 Stunden werktätig arbeiten sollen. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Lehrlings- und Jugenbeschäftigungsmittels wünscht der Redner alle Bestimmungen, die im Widerspruch zur Reichsverfassung stehen, aufgehoben zu sehen, ebenso die väterliche Zucht des Lehrherrn. Ein großer Teil der gesetzlichen Jugenbeschäftigungsbestimmungen soll auf all jugenbliden bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ausgedehnt werden.

Alle bürgerlichen Redner wenden sich gegen diesen Antrag. Der Abg. Venthien (D. Vp.), Führer großer Mittelstandsverbände, hält der Linken vor, daß sie vom Lehrlingswesen keinen Pfifferling verstehe und hält ihr ein Privatissimum über die Bedeutung und Wert des deutschen Handwerks im allgemeinen und der handw. rks- mäßigen Lehrlingsausbildung im besondern. Abg. Esser (Str.) tritt ihm bei. Abg. Biener (Dnat.) bezeichnet den sozialistischen Antrag als Menschenfängerei zu politischen Zwecken.

Frau Wurm (U. S.) erwidert hierauf, daß nur am Sozialismus die Jugend genesen könne.

Reichsarbeitsminister Brauns geht auf in der Debatte vorgebrachte Wünsche ein. Er meint, nutzlos sei ein Streit über sozialpolitische Theorien, während die armen Sozialrentner Not leiden. Der Vorwurf, das Arbeitsministerium sei nur für Arbeit- geber da, sei unberechtigt. Ein gesundes Unternehmertum sei allerdings notwendig, wie ja auch die Sowjets sogar fest das Privatigentum auf Umwegen wieder einführen wollen. Der Minister erinnert daran, daß die ganze Konjunktur sich sehr leicht überspannen und eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben könne. Die schleunige Verabschiedung des Arbeitsnachweisgesetzes sei daher dringend erforderlich.

Der sozialistische Antrag wird darauf abgelehnt. Bei der Aussprache über das soziale Versicherungswesen fordert der Sozialdemokrat Kaiser die Vereinfachung der Sozialversicherungen.

Abg. Lambach (Dnat.), der Führer der deutschnationalen Handlungsbildner, fordert dagegen Erhaltung der Ersparnisse und lehnte eine Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung ab.

Im weiteren Verlauf der Debatte, die sich immer mehr in Einzelheiten verliert, spricht Dr. Hofmann (U. S.) über das Arbeitszeitgesetz, das er als für die Bergarbeiter unannehmbar bezeichnet.

Die Debatte geht dann immer mehr ins Einzelne. Man spricht über Tarifverträge, Schlichtungsordnung und Schlichtungsaus- schüsse und ähnliche Dinge mehr.

— Berlin, 19. Mai 1922.

Heute — Freitag — zunächst kleine An- tragen. Dann Fortsetzung der Einzelde- batte zum Etat des Arbeitsminis- teriums. Verbunden wird damit eine Interpellation Thiel (D. Vp.), betr. Er- höhung der Renten der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, ferner ein Antrag Dergt (Dnat.), betr. die Notstands- arbeiten für Kleinrentner. Allerlei Ein- zeltfragen und Probleme werden ange- sprochen: Wohnungsnot, Bauwesen, Sied- lungswesen. Angenommen wird hierzu ein Zentrumsantrag, der das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Landwirtschaft zuweist.

Für die Kleinrentner beantragt der Ausschuss die Erhöhung des Unter- stützungsfonds von 200 auf 500 Millionen Mark. Abg. Obersjohren (Dnat.) verlangt eine Milliarde. 200 Millionen bringen den Kleinrentnern Steine statt Brot. Den Kleinrentnern dürfen nicht Almosen ge- geben werden, sondern feste, gesetzliche Ansprüche. — Die Redner der Koalitionspartei und der Sozialisten sind aus finan- ziiellen Gründen für den Ausschussantrag, auch der Minister, der die Notlage der Kleinrentner voll anerkennt; zunächst sol- len 500 Millionen ausgeworfen werden, eventuell werde er Nachforderungen stellen. Der Ausschussantrag wird dementspre- chend angenommen, dazu der deutschnatio- nale Antrag, soweit er die unverlässliche Auszahlung der Beihilfen fordert.

Abg. Thiel (D. Vp.) begründet darauf die Interpellation seiner Partei, die auf die große Not der Kriegsbeschä- digten und Kriegshinterbliebenen hinweist. Die ihnen zustehenden Renten seien völlig unzureichend.

In der sehr eingehenden Einzelaus- sprache betonte der Reichsarbeitsminister Brauns, daß in jüngster Zeit eine Besser- ung in der Fürsorge für die Kriegsbeschä- digten zu verzeichnen gewesen wäre.

Schließlich verlegt man sich auf Sonn- abend.

Preussischer Landtag.

— Berlin, 18. Mai 1922.

Man setzt die Beratung des Vergetats fort. Die geistige Rede des Abg. Dr. Pi- nkerneil (D. Vp.) scheint es den Sozial- isten angetan zu haben. Vier Redner aller vier sozialistischen Gruppen, von den Mehrheitssozialisten bis zu den Ganz- links-Kommunisten, antworten ihm in scharfer, größtenteils persönlicher Polemik. Dazwischen spricht der deutschnationale Abg. Waldhausen, der einige sachliche Ein- zelwünsche vorbringt. Schließlich geht man zur Einzeldebatte über, in der zahlreiche Einzelwünsche und -fragen vorgebracht und angeknüpft werden.

Der Etat wird dann im wesentlichen angenommen, dazu eine Reihe von An- trägen, insbesondere ein Antrag auf Um- stellung der staatlichen Bergwerke usw. auf eine andere Wirtschaftsform, sowie der Antrag, der die Entente auf die ungeheuren Belastungen aus den uns auferlegten Roh- lenlieferungen hinweisen soll.

Abg. Dr. Fehrbender (Str.) erstattet darauf den Ausschussbericht zum Volks- wohlfahrtsauswahl.

Abg. Frau Ege (Soz.) meint, daß die Volkswohlfahrtspflege einer viel härteren Berücksichtigung bedarf. Abg. Dr. Duac- taslem (Dnat.) stellt demgegenüber fest, daß das Ministerium zwar nur einen ver- hältnismäßig geringen Etat habe, aber wir können heutzutage bei aller Berücksich- tigung der sozialen Not nicht mehr Geld aus- geben.

Abg. Wiedemann (D. Vp.) fordert stär-kere Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und ist unter Hinweis auf Amerika gegen ein Alkoholverbot.

Deutsches Reich.

— Berlin, 2. Mai 1922.

Der Kriegsteilnehmer? Ueber diese oft umstrittene Frage hat der Reichs- schatzminister am 29. September 1920 ge- legentlich der Aufstellung der Manteltarif- verträge für die Verwaltungs- und Be- triebssarbeiter eine Anordnung erlassen, die wir hiermit ins Gedächtnis zurückrufen. Es heißt in dieser Verordnung in Erweite- rung des im Reichsgesetzblatt 1915 Nr. 128 ausgelegten Begriffes: „Unter Kriegsteil- nehmer“ sind alle Personen zu verstehen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu der Land- oder See- macht oder den Schutztruppen gebürt oder sich aus Anlaß der Kriegsführung im Aus- lande aufhielten und sich als Kriegsgefan- gene und Geiseln in der Gewalt des Fein- des befanden. Dabei ist es belanglos, ob der Betreffende in der Kampflinie, in der Etappe oder in der Heimat Dienst getan hat.

Die deutschen Sachleistungen für die zerstörten Gebiete. Da das französische Parlament die Sonderbestimmungen des Wiesbadener Abkommens und das Abkom- men Gillels über die deutschen Sachleistun- gen auf das Reparationskonto noch nicht ratifiziert hat, die Einwohner der zerstör- ten Gebiete aber nicht länger mit den Wie- deraufbauarbeiten warten wollen, hat die französische Regierung Bestimmungen er- lassen, damit die Geschädigten unverzüglich deutsche Lieferungen erhalten können. Da- nach können sie sich nach Erlebigen be- stimmter Formalitäten mit den deut-

lichen Lieferanten direkt in Ver- bindung setzen. Die Preise der Lieferun- gen müssen in Franken vereinbart wer- den. Die Bestellungen sollen zur Vermeh- rung von allzu geringen Posten einen Mi- nimalbetrag von 1000 Fr. erreichen. Um die Verrechnung dieser Beträge braucht sich der französische Besteller nicht zu küm- mern, sondern sie wird von der französischen Re- gierung befohlen.

Keine Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte. Der Reichsverkehrs- minister teilt mit: „Nach Artikel 282 der Reichsverfassung werden alle Ausnahmebe- stimmungen gegen weibliche Beamte be- stätigt. Nach einer Entscheidung des Reichs- gerichtshofes gelten damit auch alle beim An- tritt der Reichsverfassung bereits be- stehenden gesetzlichen Ausnahmebestim- mungen oder Verwaltungsanordnungen, die mit dem genannten Artikel in Widerspruch stehen, als aufgehoben.“

Das neue deutsche Metallgeld. In der nächsten Zeit kommt das neue Metall- geld zur Ausgabe. Die eine Seite des Stückes trägt einen Adler, von vorn gesehen mit ausgebreiteten Schwingen, energisch und dabei leicht der Rundform der Münze sich einfügend. Die andere Seite trägt die runde Unterschrift Deutsches Reich und unten zwei kleine Eichenzweige. In der Mitte steht in großen Antiquabuchstaben die Wertangabe Eine bzw. Fünf Mark. Das Einmarkstück, etwas größer als die jetzige Fünfpfennigmünze, erreicht nicht ganz die Abmessungen der alten „Gold- mark“, das Fünfmarsstück hat etwa Zäer- aröhe.

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Aeltestenrat des Reichstags hat be- kanntlich beschlossen, in Daueritzungen die Etatsberatungen zu Ende zu bringen und bis zum 31. Mai auch die Aussprache über Genua noch vorzunehmen. Nach Pfingsten sollen noch das Arbeitsnachweisgesetz, das Jugenwohlfahrtsgesetz und die Anträge zur Reform der Geschäftsordnung des Reichstags erledigt werden, ebenso einige kleine Vorlagen. Ende Juni wird der Reichstag dann voraussichtlich in die Ferien gehen.

Die Not der Presse im sächsischen Landtage. Auf eine Anfrage des Abg. Helein (Str.) im sächsischen Landtage antwortete der Wirtschaftsminister Fel- lisch, die Not der Presse sei heute schon so groß, daß die Maßnahmen der Reichsre- gierung gar nicht mehr genügen, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist nicht angängig, daß die Zelluloseindustrie allein die Lasten tragen soll. Deswegen wird die gesamte deutsche Industrie zu einer Hilfsaktion für die Presse herangezogen werden müssen. Für Zwangswirtschaftsmaßnahmen ist die sächsische Regierung nicht eingenommen. Die Reichsregierung ist grundsätzlich geneigt, das Zeitungspapier in eine niedrigere Transportklasse zu nehmen und die Zell- stoff- und andere Industrien zur Verbilli- gung von Druckpapier heranzuziehen.

Disziplinarstrafen im neuen Reichs- heere. Der Reichsrat nahm in seiner letzten öffentlichen Sitzung ein Gesetz an, das die Disziplinarstrafen für die Wehr- macht regelt. Militärische Disziplinarver- gehen konnten bisher nur von den Diszi- plinarvorgesetzten in verhältnismäßig ge- ringem Strafrahmen geahndet werden. Darüber hinaus mußten die bürgerlichen Gerichte entscheiden. Der neue Entwurf überträgt die Erledigung solcher Fälle in förmlichen Disziplinarverfahren Kammern mit 2 Instanzen, die mit besonderen Rechts- sicherheiten ausgestattet sind. Der Kreis der disziplinarisch zu ahnenden Straftaten ist erweitert und das Höchstmaß für die Strafe des Stubenarrestes auf sechs Wochen festgesetzt worden. Ferner ist ein dem Disziplinarverfahren des Beamtenrechts entsprechendes, wenn auch nicht völlig glei- ches Verfahren vorgeschlagen worden, da- mit Soldaten wegen Unwürdigkeit aus der Wehrmacht entlassen werden können.

Dänische Engpasszeit in Nord- schleswig. In Saderleben wird man ange- sichts der augenblicklichen Verhältnisse daran erinnert, daß unter der deutschen Herrschaft bei den amtlichen Dienststellen deutsch und dänisch gesprochen wurde, gan- wie die sich an eine Stelle Wendenden es wünschten, heute dagegen wird nur dänisch geantworret, selbst wenn die Äyrede auf deutsch erfolgt und der angeredete Beamte die deutsche Sprache beherrscht. Auf den Kleinbahnen, wo das Bedürfnis nach dem Verkehr in beiden Sprachen mit am drin- gendsten ist, scheint ein ausdrückliches Ver- bot, deutsch zu sprechen, zu bestehen, ob- dasselbe auch bei anderen Dienststellen der Fall ist, ist nicht bekannt.

Das Ende des Notgeldes. Nachdem die Prägung von Kleinmünzen durch das Reich jetzt soweit gesteigert worden ist, daß das von vielen Gemeinden herausgegebene Notgeld überflüssig wird, ist im Reichs- finanzministerium ein Gesetzentwurf fertige- stellt worden, der das Ende des Notgeldes vorsieht. Nach dem Entwurf sollen alle Marken, Münzen, Scheine und sonstigen Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten und als Ersatz für Geld im Zahlungsver- kehr verwendet werden, bis zum 30. Juni d. J. durch die Aussteller einge- löst werden. Seit ein Besitzer von Not- geld dieses zur Einlösung nicht bis zum 30. Juni vor, so verläßt der Anspruch auf Vergütung binnen sechs Monate n von diesem Termin an. Um auch die spätere Herausgabe von Notgeld zu verhindern, verbieter der Entwurf, daß in Zukunft weitere Notgeld ausgegeben wird.

Kardinal Faulhaber ist zur Teil- nahme am Eucharistischen Kongress nach Rom abgereist.

Das Reichsverkehrsministerium hat entsprechend einem Antrage der Gewerk- bahner um 100 Prozent erhöht. Am 19. und 20. Mai werden weitere Lohnverhand- lungen stattfinden.

Der sächsischen Ostia v. S. Reichs- hof befindet sich, wie von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, jetzt wieder in Haft.

In dem Disziplinarverfahren gegen den Rechtsanwalt Bahn (Berlin) Berufung eingeleitet worden. Die Sache wird nunmehr den Reichsdisziplinarhof in Leipzig beige- legt.

Ebert beim Stapellauf eines Stinnes- dampfers.

Berlin, 18. Mai. Am 20. Mai findet in Wilhelmshafen der Stapellauf eines neuen Dampfers von Hugo Stinnes unter dem Namen des Gewerkschaftspräsidenten Karl Legien statt. Der Reichspräsident, der am gleichen Tage in Wil- helmshafen weilt, wird dem Stapellauf bei- wohnen.

Ausland.

Frankreich.

Die Kaiserin Jita darf in Spanien blei- ben. In seiner Sitzung am Mittwoch be- schäftigte sich der Vorkasterrat in Paris mit der Frage, ob man der Kaiserin Jita den Aufenthalt in Spanien erlauben könne oder nicht. Es wurde beschlossen, gegen die Reise der Kaiserin Jita keine Ein- wände zu erheben. Außerdem beschäftigte sich der Vorkasterrat mit den Polizeior- ganisationen in der neutralen Zone von A- l- b- a- n- i- e- n, ferner mit dem Bau von Eisen- bahnen, die von strategischem Interesse sind, im besetzten rheinischen Ge- biet. Es wurde beschlossen, daß die gegen- wärtigen Arbeiten auf gewissen strategischen Linien bis zum Ende der Besetzung aufgegeben werden müssen.

England.

Die englische Koalitionskrise. Trotz der Niederlage, die die englische Regierung im Unterhaus erlitten hat, denkt sie nicht daran, zurückzutreten. Die Erklärungen, die Chamberlain im Unterhaus gemacht hat, deuten allerdings darauf hin, daß die Re- gierung vor einer schweren Krise steht. Es ist nicht mehr zu zweifeln, daß die Koalition im Parlament jetzt ebenso unpopulär ge- worden ist, wie im ganzen Lande.

Amerika.

Die französische Kriegslasten-Besprechun- gen in Amerika. Bekanntlich war die ame- rikanische Regierung vor einiger Zeit an die französische Regierung mit der Bitte herantreten, sich mit ihr in Verbindung zu setzen zur Regelung der Kriegsschulden Frankreichs an Amerika. Die französische Regierung hat Amerika soeben mitgeteilt, daß sie eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Generaldirektors Parac- tier von französischen Finanzministeriam beauftragt habe, sich nach Washington zu begeben, um sich an Ort und Stelle mit Amerika zu besprechen.

Amerika gibt nur private Anleihen. Der amerikanische Handelsminister Hoover erklärte im Namen der Regierung: Die Hoffnungen auf neue ameri- kanische Anleihen an Europa sollten besser aufgegeben werden. Wenn man eine finanzielle Hilfe wünscht, muß ein diesbezüglicher Gesuch an die amerika- nischen Bankiers gerichtet werden. Um sich deren Hilfe zu sichern, ist es nötig, daß Europa zunächst Schritte zur Verbesse- rung seiner finanziellen Lage unternimmt.

Die Krise des österreichischen Kabi- netts Schöber steht unmittelbar vor dem Ausbruch. Sowohl die Großdeutschen wie auch die Sozialdemokraten sind gegen ihn. Als Nachfolger Dr. Schöbers nennt man den Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender.

In Romno wurde der englisch- litauische Handelsvertrag unterzeichnet.

Der russische Patriarch Nikon hat auf den Druck einer Gruppe Moskauer Geis- licher sein Amt niedergelegt.

Nach einer Washingtoner Meldung ist zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung zustande ge- kommen über die Mandatsfrage von Ka- merun, Togo sowie über Syrien.

Die Zahl der Arbeitslosen in England nimmt langsam, aber stetig ab. In den letzten Tagen betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen nur noch 587 400.

Die Hochzeit des Königs Alexander von Serbien mit der Prinz- zessin Marie von Rumänien wird mit gro- ßen Feierlichkeiten am 1. Juni in Belgrad begangen werden.

Der zu teure Zucker.

Die notwendigen Maßnahmen gegen die Zuckernot

waren Gegenstand einer eingehenden Be- sprechung im Wirtschaftspolitischen Aus- schuss des Reichswirtschaftsrats. Es wurde u. a. ausgedrückt, daß die Zuckerver- sorgung aus mancherlei Gründen ver- sagt habe. Unter den Ursachen, die bei der Zuckernot mitgewirkt haben, wurde auch angeführt, daß gewisse Industrien, wie vor allem die Zickrindustrie, sich weit- stärker mit Zucker versorgt haben, als notwendig und für das Interesse der Allge- meinheit vorteilhaft gewesen wäre. Es seien auch große Mengen von Zucker in die Hände gewisser Kreise gekommen, die man

nicht zum reellen Handel rechnen könne, die beispielsweise den Zucker mit 4,50 M. eingekauft und jetzt mit 18 M. wieder auf den Markt geworfen hätten. Der Ausschuss kam zu dem Beschluß, daß nur umgehende Freigabe der Einfuhr von dem Notstand gesteuert werden könne.

Um die Getreideumlage.

Der Reichsausschuss fordert bindende Regierungserklärungen. In seiner letzten Sitzung faßte der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft folgenden Beschluß:

Die ablehnende Stellungnahme des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft zur Frage der Getreideumlage ist der Regierung bekannt. Die Vorschläge des Reichsausschusses bezüglich der Schaffung einer Brotreserve hat die Regierung als unzureichend abgelehnt.

Angesichts der Unmöglichkeit, der Landwirtschaft eine erneute Sondersteuer aufzuerlegen, fordert der Reichsausschuss von der Regierung eine bestimmte Erklärung darüber, daß sie bereit ist, eine Berücksichtigung des Brotpreises für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Beitragsfähigen herbeizuführen.

Kartoffelbelieferung und Kartoffelpreise. Weiter beschloß der Reichsausschuss zur Frage der Kartoffelbelieferung folgendes: Der Reichsausschuss beauftragt dringend, in möglichst großem Umfang rechtzeitig in Belgien Läufe über Lieferungen von Speisekartoffeln aus der neuen Ernte zu tätigen.

Heimatliches.

Naftätten, 22. Mai 1922

Turnerisches. Am Himmelfahrtstage beabsichtigt der Turnerverein eine größere Wanderung zu machen. Der Abmarsch wird in nächster Nummer bekannt gemacht werden.

Sport. Die 1. Mannschaft des Sportvereins weilt gestern zum Verbandsspiel in Vogel und konnte von dort nach einem 2:1-Sieg wieder 2 wertvolle Punkte nach Hause bringen.

Schmidt das Haus mit Blumen! Vor dem Kriege setzte allwärts eine Bewegung ein, die den Schmuck der Häuser mit Blumen zum Ziele hat. Der Krieg hat diese schöne Sache wieder in Vergessenheit geraten lassen.

3. Nassauischer Bauerntag. Die überaus zahlreich eingehenden Anmeldungen der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie lassen heute schon ein volles Gelingen der Maschinenausstellung als gesichert erscheinen. Es werden nicht nur alle landwirtschaftlichen Maschinen, sondern auch die verschiedensten Fabrikate aller für die Landwirtschaft in Frage kommenden Maschinen zur Schau gestellt werden können.

Sächsische Landes-Lotterie. Auch die Sächsische Landes-Lotterie trägt der Entwertung der deutschen Mark Rechnung. Sie wird von

der 181. Lotterie an, deren erste Ziehung am 14. und 15. Juni 1922 stattfindet, die Zahl und die Höhe der Gewinne vermehren.

Welterod, 22. Mai. Sonntag nachmittag ereignete sich zwischen Sträß und Diethard ein Automobilunfall, der schwer wiegende Folgen hätte nach sich ziehen können.

Endlichhofen, 29. Mai. Gestern Sonntag fand die feierliche Einweihung des neuen Friedhofes und des von Herrn Geisel-Ruppertschhofen gelieferten Gedentsteines statt. Pünktlich um 1/3 Uhr marschierte der Zug von einigen 100 Personen, voran der Posaunenchor, durch die Ortstraße nach dem Friedhofe.

Miehlen, 21. Mai. Nächsten Dienstag, den 23. Mai, wird dahier der bekannte Kram- und Viehmarkt abgehalten.

Frankfurt, 20. Mai. Für die Ermittlung und Ergreifung der Mörder des Zahnarztes Büttner, Hochstraße 5 hier, hat der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden die ausgelegte Belohnung von 3000 Mark auf 5000 Mark erhöht.

Reichelsheim, 20. Mai. In unserem Orte feiern in diesem Monat drei Ehepaare ihre goldene Hochzeit. Landwirt Wilhelm Nagel und Frau Magarethe geb. Wahl und Landwirt Georg Lohm und Frau Emilie geb. Richter begehen dieses Fest am 20. Mai und am 23. Mai folgt der Metzgermeister Karl Sprengel mit seiner Frau geb. Conrad.

Vermischtes.

Massenflucht vor dem Hunger. Auf der Halbinsel Krim, die vor einer Hungersnot steht, sind Tausende von Einwohnern nach Kleinasien geflüchtet, wo die Regierung von Angora für ihre Unterkunft und Verpflegung sorgt.

Neuentdeckte Goldfelder in Australien. 500 Kilometer nordwestlich der Stadt Sidney hat man große Goldfelder entdeckt.

110 000 Kinder in einem Monat verhungert. Das Genfer Hilfskomitee zum Studium der russischen Hungersnot meldet, daß allein im Gouvernement von Samara in der Zeit vom April bis 1. Mai 1922 nicht weniger als 110 000 Kinder an Hunger gestorben sind.

Munitionsexplosion in Nordfrankreich. Auf dem Artillerieübungsplatz in Bar sur Aube ereigneten sich nacheinander vier Explosionen. Ein chinesischer Arbeiter wurde getötet. Zwei Chinesen und ein junges Mädchen wurden verwundet.

Goldbergbau in Ägypten. In der Klüftung im Lavantale (Ägypten) wird der Goldbergbau, der seit 1691 still steht, durch eine ausländische Gesellschaft wieder aufgenommen werden. Nach Auszeichnung alter Abrechnungen ergibt sich bei einer Tonne Gestein ein Goldgehalt bis zu 15 Gramm.

Ende des Atlantic-Fluges. Die beiden portugiesischen Seeflieger, die den Atlantischen Ozean überflogen wollten, haben Pech gehabt. Bei St. Paul, dessen sicheres Anfliegen im kleinen, engen, einmotorigen Flugzeug eine sehr beachtenswerte aeronautische Leistung darstellt, zerstörte ein Landeanfall (Benzinanzufnahme) das erste Doppelschwimmer-Flugzeug.

Schwere Unglücke in schlesischen Bergwerken. In Beuthen sind auf der Vei-Scharlen-Grube 10 Mann, die einfahren wollten, mit der Schale abgestürzt und mit schweren Knochenbrüchen und inneren Ver-

letzungen ins Anapichastlazarett geschafft worden. Bei mehreren wird am Aufkommen gezweifelt. — Auf der Heintzgrube ist der Maschinenwärter Koch in den Schacht abgestürzt und zerstückelt worden.

Bombenanschlag in Oberschlesien. In Katowitz wurde auf die Druckerlei des sozialdemokratischen „Volkswille“ ein Dynamitanschlag verübt. Bei Arbeitsbeginn fand man im Schnellpressenraum zwei größere Dynamitbomben, die durch das Fenster hingeworfen worden waren.

Sowjet-Baluta. Nach den offiziellen Notierungen der russischen Staatsbank in Moskau gilt dort zurzeit die deutsche Mark 8800 Sowjetrubel. 1 Pfund Sterling gilt 8,8 Millionen, 1 Dollar 1,93 Millionen, selbst die polnische Mark gilt noch 600 Sowjetrubel.

Entdeckung einer neuen Petroleumquelle bei Batou. Aus Batou, dem Hauptort des russisch-turkischen Petroleumgebietes, wird gemeldet, daß während der Bohrung in einem Naphtaschacht in Bibi-Cibat am 12. Mai ein Naphtaauswurf von ungewöhnlicher Stärke erfolgt sei.

Die englischen Bolschewisten. In einer Polemik gegen die amtliche sowjetrussische Presseabteilung verrät der „Amf. Preuß. Pressedienst“ einiges über die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei, als die russische Delegation für Genua in Berlin weilte. Es heißt darin, daß die besonderen polizeilichen Einzelmaßnahmen dem ausbrüchlichen Wunsch russischer Delegierter entsprachen.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus Russland. Ein Transport deutscher und österreichischer Kriegsgefangener, 450 Mann stark, traf am 15. Mai abends aus Räterussland in Silsde ein.

Nähernde Eisenbahnangestellte. Auf einem Berliner Verkehrsbahnhof verschwanden in letzter Zeit Warensendungen von erheblichem Werte, ohne daß man sich ihr Verschwinden erklären konnte.

Selbstmord eines bayerischen Bankdirektors. Direktor Scheller der Filiale Tychenhausen der Bayerischen Vereinsbank erhob sich in Anwesenheit seiner sämtlichen Beamten im Bureau nach einer längeren Unterredung mit dem Direktor der Münchener Zentrale.

Begeisterter Empfang der plattdeutschen Amerikaner in Hamburg. Die aus über 1000 Personen bestehende deutsch-amerikanische Reisegesellschaft, die aus New York kommend in Cuxhaven anlegte, ist jetzt in Hamburg eingetroffen.

Mörderjagd um die Erde. In Brüssel gelang es einem angeblichen Kaufmann Livmann-Pemeson zu verhaften. Der 1920

in Berlin eine Schauspielerin beraubte und ermordete. Der Mörder hatte seinem Opfer wiederholt kostbare Schmuckstücke gemacht, darunter auch einen Brillantring von hohem Wert; alles stammte, wie sich später herausstellte, aus Taschendiebstählen.

Neues deutsches Aluminiumgeld. In Kürze soll nach amtlicher Mitteilung neues deutsches Aluminiumgeld zur Ausgabe gelangen. Die eine Seite des Geldes wird einen Adler tragen, die andere die runde Unterschrift „Deutsches Reich“, darunter zwei kleine Eichelzweige.

Das Gesetz über die Arbeitszeit der Hausgehilfinnen ist im Reichsrat einstimmig genehmigt, weil man sich über eine bestimmte Frist für die Arbeits- und Ruhezeit nicht einigen konnte. Namentlich fand der Vorschlag einer dreizehntägigen ununterbrochenen Ruhezeit viel Widerspruch.

Die Luftpost. In die britische Postzeitungsliste wurde dieser Tage eine neue englische Zeitung aufgenommen. Sie führt den Titel „Die Luftpost“ und hat den Zweck, die auf drahtlosem Wege unterwegs aufgenommenen und während des Fluges im Aeroplan gedruckten Nachrichten zu verbreiten.

Handel und Verkehr.

Die Technische Wille und der landwirtschaftliche Maschinenmarkt in Breslau wurden Freitag eröffnet. Die Ausstellung will einen großen Ueberblick über die Fortschritte der Technik geben unter Berücksichtigung des Maschinenbedarfes der Landwirtschaft.

Transportvergünstigung für Zeitungspapier. Auf eine Anfrage hat der Reichswirtschaftsminister geantwortet: Die Vergünstigung von Zeitungspapier aus Tarifklasse „A“ in Klasse „B“ ist in Form eines Ausnahmetarifes mit Gültigkeit vom 1. Mai dieses Jahres erfolgt.

